

Hauptergebnisse

der

2. Wasserkonferenz Lausitz „Kohleausstieg= Wassermangel?“

am 20.03.2023 in Hoyerswerda

Block 1 Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz

Vorgelegt wurden erste, noch vorläufige Ergebnisse aus einer vom Umweltbundesamt beauftragten Forschungsstudie. Zusammenfassend lassen sich daraus nachfolgende Erkenntnisse/Ergebnisse nennen.

1. Die Analyse historischer hydrologischer Daten vor dem Einfluss durch den Braunkohlenbergbau zeigt, dass die Spree in trockenen Sommern regelmäßig über weite Strecken fast vollständig austrocknete. Dies ergibt sich aus dem kleinen Einzugsgebiet der Spree, aus ihrer geografischen Lage unter starkem kontinentalem Einfluss und aus fehlenden natürlichen Staulagen für Niederschläge.
2. Aktuell werden durch den aktiven Bergbau der LEAG netto rund 5,5 m³/s Sumpfungswasser in die Spree eingeleitet. Im Mittellauf der Spree bildet das Sumpfungswasser einen abflusswirksamen Anteil im Jahresdurchschnitt von rund 50 % und in Niedrigwasserperioden sogar bis 75 %. In langanhaltenden Trockenperioden ist diese abflusserhöhende Wirkung wegen der hydrologischen Besonderheit des Ober- und Unterspreewaldes im Spreeunterlauf ab dem Pegel Leibsch stark gedämpft und verringert.
3. Mit der Umsetzung des Kohleausstiegsgesetzes KohleAusG entwickelt sich die Einleitung von Sumpfungswasser kontinuierlich rückläufig bis hin zum Wert Null. Gleichzeitig beträgt das wiederaufzufüllende Wasserdefizit in der Lausitz rund 6 Mrd. m³ wovon 5,1 Mrd. m³ auf den derzeit aktiven Braunkohlenbergbau entfallen.
4. Das Wasserdargebot und der Wasserbedarf im Spreegebiet entwickeln sich künftig gegenläufig. Dabei wird das künftige Wasserdargebot zusätzlich durch die Gewässerverdunstung über den Bergbaufolgeseeen mit einer Gesamtfläche von etwa 250 km² im langjährigen Mittel um ca. 1,3 m³/s und durch verlorengangene Landflächen um weitere ca. 0,7 m³/s verringert. Der das Dargebot mindernde Klimaeinfluss wird voraussichtlich eine vergleichbare Größenordnung annehmen.

5. Ohne wirksame Gegenmaßnahmen zeigen die Prognosen, dass in Niedrigwassersituationen die Spree in ihrem Mittellauf streckenweise und länger andauernd kaum noch nennenswert Wasser führen wird und ein Trockenfallen der Spree an manchen Stellen nicht auszuschließen ist. Besonders dabei betroffen auch die Wasserführung von über 900 km Fließen im Spreewald.
6. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg befindet sich in einer besonderen wasserhaushaltlichen Situation. Deren Wasserversorgung hängt maßgeblich von der Wasserführung der Spree ab. Als Maß für eine gesicherte Wasserversorgung gilt ein Durchfluss von mindestens $8 \text{ m}^3/\text{s}$ am Pegel Große Tränke.
7. Um in der Zeit nach 2040 eine ökologisch erforderliche Mindestwasserführung in der Spree bei gleichzeitiger Befriedigung der derzeitigen Wasserentnahmen für die Trink- und Brauchwasserversorgung zu erreichen, muss zu Beginn jeden Frühjahres ein **Gesamtspeicherraum von mindestens 178 Mio. m^3** aufgefüllt sein.
8. Dieser Gesamtspeicherraum steht derzeit noch nicht zur Verfügung und muss deshalb in den kommenden zwei Jahrzehnten durch Ertüchtigung und Ausbau bestehender sowie durch weiteren Zubau/ Neubau auf mindestens 178 Mio. m^3 angehoben werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Bergbaufolgeseen.
9. Eine auch unter Klimagesichtspunkten durchgeführte Bilanzierung des oberen Spreeeinzugsgebiets zeigt jedoch auch, dass der Gesamtspeicherraum allein aus dem Wasserdargebot der Spree nur zu rund zwei Dritteln aufgefüllt werden kann. Das letzte Drittel, konkret etwa 60 Mio. m^3 , müssen jährlich aus vorzugsweise benachbarten Flussgebieten wie Elbe, Lausitzer Neiße und Oder zur Spree übergeleitet werden. Die Wasserüberleitung erfolgt dabei ausschließlich in wasserreichen Zeiten, so dass dem Gesamtspeicherraum zur Pufferung dieser 60 Mio. m^3 eine ganz besondere Bedeutung beikommt.
10. Welche der Lösungen tatsächlich umgesetzt werden, bedarf angesichts des notwendigen zeitlichen Vorlaufs für Planung, Genehmigung und Realisierung allerdings zeitnaher Entscheidungen der zuständigen landespolitischen Institutionen und Gremien. Der Bund wird in der gebotenen Weise fachlich wie finanziell weiterhin für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgen und unmittelbar unterstützen, auch um den Termin des Kohleausstiegs nicht zu gefährden.

Block 2 Sanierungsbergbau LMBV

11. In den zurückliegenden knapp 30 Jahren wurde durch die LMBV das ehemals vorhandene Wasserdefizit von 7 Mrd. m³ auf unter 1 Mrd. m³ reduziert. Möglich war dies in dieser Zeit nur, weil der aktive Bergbau kontinuierlich Wasser in die Spree eingeleitet hat.
12. Die künftigen Aufgaben der LMBV konzentrieren sich auf Monitoring, Bewirtschaftung und Wasserbehandlung an Bergbaufolgeseen sowie bergbaulich beeinflussten Fließgewässern.
13. Die aktuelle Zeitplanung der LMBV zur Umsetzung der Maßnahmen zur Eisenabwehr kollidiert mit den ambitionierten Zielen des Kohleausstiegs. Deshalb ist eine Beschleunigung der Umsetzung der von der LMBV geplanten Maßnahmen zur Eisenabwehr notwendig.
14. Ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit ist die Überprüfung des Einflusses von Kohleausstieg und Klimawandel auf das Grundwasser, die bergbaulich beeinflussten Fließgewässer und die Bergbaufolgeseen. Herausfordernd dabei ist, dass sowohl bei den Klimaprojektionen wie auch bei der Wirkung des Klimawandels auf den Wasserhaushalt große Unsicherheiten vorhanden sind. Auch mit den begonnenen Modellrechnungen ist es nur möglich, einen Teil dieser Unsicherheiten in den Prognosen abzubilden. Andererseits ist es aber ebenfalls nicht möglich, Bergbaufolgeseen, Fließgewässer und wasserwirtschaftliche Anlagen so zu planen bzw. zu sichern, dass sie bei beliebig großen Wasserstands-, Durchfluss- und Beschaffenheitsschwankungen funktionsfähig sind. Ziel muss es daher sein, im Einzelfall ein Optimum zwischen Aufwand und Funktionssicherheit zu erreichen. Dieser Findungs- und Entscheidungsprozess ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

Block 3 Zukunftsorientierte Trinkwasserversorgung

15. Nach 60 Jahren enger Verflechtung der kommunalen Trinkwasserversorgungssysteme mit dem von Bergbauwasser lebenden Trinkwasserwerk Schwarze Pumpe, konnte zum Jahresanfang 2023 dieser Verbund planmäßig gelöst werden. Dies ist jedoch erst der Anfang für den Prozess einer länder- und verbandsübergreifenden Zusammenarbeit verbunden mit dem weiteren Ausbau der Netzinfrastruktur sowie einigen Wasserwerken. Für die Beteiligten Verbände und Unternehmen stellt dies eine große Herausforderung für mindestens eine Dekade dar und ist eine wichtige Grundvoraussetzung für künftige Ansiedlungen von Unternehmen und den Zuzug von Fachkräften in die Lausitz.

16. In der zu Brandenburg und Sachsen gehörenden südlichen Niederlausitz haben sich sechs Wasserunternehmen bzw. Verbände zu einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft Trinkwasserverbund Lausitzer Revier zusammengeschlossen. Mit einem Gesamtkapitalbedarf von nahezu die 200 Mio. Euro sollen die bestehende Netzinfrastruktur weiter ausgebaut und neue Speicherkapazitäten hinzugebaut werden. Die Maßnahmenpakete sind finanziell bereits den förderfähigen Mitteln aus dem Strukturstärkungsfonds zugeordnet worden.
17. Auch in der nördlichen Niederlausitz laufen Bestrebungen, Trinkwasserversorgungssysteme von Forst, Guben, Peitz, Burg, Cottbus und Lübbenau/Calau/ Vetschau miteinander zu verknüpfen.
18. Alle diese Trinkwasseraktivitäten laufen darauf hinaus, die unterschiedlich verteilten Trinkwasserquellen optimal zu nutzen und gleichzeitig ein hohes Maß an Flexibilität vorzuhalten, wenn es darum geht, neue Industriestandorte und auch Wohnansiedlungen zuverlässig mit Wasser zu versorgen. Es wird der Grundsatz verfolgt, dass die Wasserverfügbarkeit zuverlässiger Partner des Strukturwandels in der Lausitz bleibt.